1 - 2018

Pyeongchang 2018 – Beide Koreas zelebrierten die Winterspiele

Ebnet die Olympische Idee den Weg zu Frieden und Verständigung?

Wer erinnert sich noch an die Olympischen Spiele von 2004, als erstmals Sportler beider koreanischer Staaten vereint an den Spielen teilnahmen? Einen historischen Durchbruch erzielten Nord- und Südkorea bereits bei den Olympischen Spielen 2000 in Sydney, als die koreanischen Olympia-Mannschaften aus dem Süden und dem Norden bei der Eröffnungsfeier gemeinsam hinter der Flagge der koreanischen Halbinsel einmarschierten. Die Welt sprach damals von einer großen Geste, die Hoffnung für Frieden und Menschenrechte auf der koreanischen Halbinsel bedeuten könnte.

Daraus wurde nichts. Dennoch fordert die IGFM im Jahr 2017 erfolgreich dazu auf, Nordkorea umfassend an den Olympischen Winterspielen zu beteiligen und so einen Kanal für Frieden und Verständigung zu ebnen. Denn noch nie wurden die von Nordkorea ausgehenden Gefahren für den Weltfrieden als so ernst empfunden, wie jetzt. Die zahlreichen Raketentests, verbunden mit atomarer Bedrohung, gefährden nicht allein die nordostasiatische Region, vor allem das demokratische Südkorea und Japan. Die Raketen sind auch eine potenzielle Bedrohung für den südkoreanischen Verbündeten USA, für Deutschland und andere europäische Staaten.



Die Paarläufer Ryom Tae-ok und Kim Ju-sik aus Nordkorea sind Mitglieder des Olympia-Teams unter der gemeinsamen Flagge der koreanischen Staaten.

(Bild: Wikipedia.com, CC-BY-4.0)



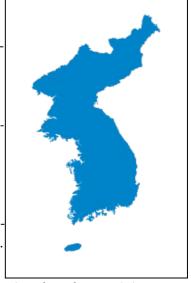
Inhalt	
Pyeongchang 2018 – Beide Nordkoreas zelebrierten die Winterspiele	S. 1
Nordkoreanische Soldaten fliehen in den Süden	S. 3
Keine Bewegungsfreiheit in Nordkorea	S. 4
Hilfe für nordkoreanische Flüchtlinge	S. 4
Nordkorea – ganz schön absurd	S. 5
Kim Dong Chul: Zehn Jahre Haft wegen "Umsturzversuch"	S. 7
Arbeitssklaven	S. 7
Nordkorea für Wannacry-Ausbruch verantwortlich?	S. 8

Fortsetzung von Seite 1

Nun sind am 25. Februar die Olympischen Winterspiele 2018 mit Beteiligung Nordkoreas zu Ende gegangen. Im Laufe der Spiele unternahmen beide Koreas Annährungsversuche und übten sich in einer Neuauflage der sogenannten Sonnenscheinpolitik.

Zeichen der Entspannung

Erstmals in der Geschichte der Olympischen Spiele trat ein gemeinsames Eishockey-Damenteam beider koreanischer Staaten an. Auch im Eiskunst- und Eisschnelllauf sowie im Skilanglauf und Skialpin waren nordkoreanische Sportler vertreten. Und es gibt weitere Lichtblicke: Die Athleten beider Staaten liefen bei der Eröffnungszeremonie am 9. Februar gemeinsam hinter der Fahne der Vereinigung ein und Kim Jong-uns Schwester, Kim Yojong, ist als Mitglied einer hochrangigen Delegation zu den Winterspielen in den Süden gereist und wurde dort durch Südkoreas Präsidenten Jae-in Moon empfangen. Im Gegenzug lud Kim Yo-jong den Präsidenten Südkoreas zu einem Treffen nach Pjöngjang ein. Beide Staaten treiben den innerkoreanischen Konflikt an. Und auch zu Gesprächen mit den USA ist Nordkorea bereit. Jedoch verschärfte ungeachtet dessen US-Präsident Trump am 23.02.2018 die Sanktionen gegen Nordkorea.



Die Fahne der Vereinigung. (Bild: Wikimedia/ Himasaram, CC BY-SA 3.0)

Fragwürdige Motive Nordkoreas

Falsch wäre es nun die Absichten des totalitären Regimes aus den Augen zu verlieren. Durch die Entwicklung unermeßlich teurer Atomraketensysteme und die harten Sanktionen gegen Nordkorea, gerät das Land zunehmend in Not. So missbrauchte Kim Jong-un die Winterspiele sicherlich auch einerseits um Verbindungen und Saktionen zu lockern und andererseits als Bühne für nordkoreanische Propaganda. Tatsächlich stahlen die 229 nordkoreanischen Cheerleader, die in ihrer Heimat als Sex-Sklaven missbraucht werden, die Militärparade, einen Tag vor Beginn der Spiele oder die Abschotung nordkoreanischer Sportler im olympischen Dorf dem sportlichen Wettkampf oft die Show.

Wie ernst es der Diktator mit seiner Charmeoffensive meint wird sich im Frühjahr zeigen. Dann führen die USA und Südkorea ihr alljährliches, von Nordkorea verhasstes, Militärmanöver durch.



Nordkoreanische Soldaten fliehen in den Süden

Im November und Dezember 2017 flüchteten zwei nordkoreanische Soldaten direkt über die innerkoreanische Grenze nach Südkorea. Beide flüchteten über das Sperrgebiet zwischen den Staaten, einer wurde dabei lebensbedrohlich verletzt.

Flüchtender Soldat steckte in Lebensgefahr

Nach der Flucht eines nordkoreanischen Soldaten nach Südkorea am 13. November 2017, veröffentlichte das US-geführte Kommando der Vereinten Nationen (UNC) ein Video, in dem die Flucht des Mannes zu sehen ist. In dem knapp sieben Minuten langen Video ist zu sehen, wie der Flüchtige mit einem Militärjeep an die Grenze fährt, dann jedoch steckenbleibt



Die nordkoreanischen Soldaten, welche den Flüchtenden verfolgten, verstießen gegen das Waffenstillstandsabkommen von 1953. (Bild: Wikimedia/ John Pavelka, CC BY 2.0)

und zu Fuß weiterflieht. Dabei wird er von mehreren nordkoreanischen Soldaten verfolgt und beschossen, von einem sogar bis über die militärische Demarkationslinie. Der Verfolger dreht sich nach ein paar Metern um und kehrt wieder nach Nordkorea zurück. Der Flüchtende wurde schwer verletzt von drei südkoreanischen Soldaten gerettet und direkt ins Krankenhaus gebracht. Nach Angaben der behandelden Ärzte erlangte der Betroffene erst nach zwei Operationen wieder das Bewusstsein. Der hauptbehandelnde Doktor teilte bei einer Pressekonferenz mit, dass die Mediziner im Darm des Soldaten Dutzende von Parasiten und Würmern fanden. Dieser Befall ist ein weiterer Hinweis darauf, welche prekären hygienischen Zustände in Nordkorea herrschen, da dort wegen Mangels an chemischen Düngemitteln seit Jahrzehnten menschliche Fäkalien als Düngemittel eingesetzt werden.

Verletzung des Waffenstillstandsabkommens

Das UN-Kommando (UNC) wirft Nordkorea Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen von 1953 vor, da die nordkoreanischen Soldaten über die militärische Demarkationslinie hinweg auf den Flüchtenden geschossen haben und einer der Streitkräfte bei der Verfolgung für kurze Zeit die Grenzlinie überschritten hat. Gründliche Untersuchungen bestätigten dies.

Einen Monat später flüchtete erneut ein nordkoreanischer Soldat über die Grenze in den Süden. Das Verteidigungsministerium in Seoul teilte mit, dass er durch das Sperrgebiet zwischen den beiden Staaten flüchten konnte. Der Geflüchtete nutzte den dichten Nebel um nicht entdeckt zu werden und erschien morgens an einem südkoreanischen Grenzposten. Kurz darauf wurde er in Sicherheit gebracht.

Grenze wird von Nordkorea verstärkt

Nach der erfolgreichen Flucht der beiden Soldaten lässt Pjöngjang die Grenzanlagen verstärken und die Soldaten austauschen. Darüber hinaus sollen tiefe Gräben ausgehoben werden.

Diese Grenze ist der einzige Ort an der über 240 Kilometer langen und vier Kilometer breiten Pufferzone, an dem sich Soldaten beider Länder direkt gegenüber stehen. Sie ist mit Minenfeldern und Stacheldraht abgesichert und die Überquerung ist extrem gefährlich.



Der Staat dirigiert und kontrolliert den Wohnort

Das Recht auf Freizügikeit und die freie Wahl des Wohnorts wird den Menschen in Nordkorea in einem exorbitanten Ausmaß verweigert. Seit Kim Jong-Un an der Macht ist, hat sich die Lage Nordkoreas weiter zugespitzt.

Der totalitäre Staat will jegliche Bewegung der Nordkoreaner überwachen und kontrollieren. So bestimmen die Behörden den Wohnort jedes Bürgers. Zugleich untersagt das Regime allen als nicht regimefreundlich oder als "arm" eingestuften Nordkoreanern, sowie Menschen mit Behinderung, sich in Pjöngjang anzusiedeln.

Ziel ist es das Image einer "Vorzeigestadt" nicht zu beschädigen. Aus diesen und aus ähnlichen Gründen, werden häufig Zwangsumsiedelungen angeordnet. Diese Deportationen werden bereits bei kleinsten Abweichungen von der vom Regime vorgegebenen Verhaltensweise, wie zum Beispiel Bagatelldelikten oder der Flucht von Familienangehörigen, durchgesetzt.

Will ein Bürger sein Wohngebiet verlassen, benötigt er eine Reiseerlaubnis. Diese muss an vielen verschiedenen Stellen beantragt werden. Meist dauert es ein bis drei Monate bis die Erlaubnis ausgestellt oder nicht genehmigt wird. Dieser Prozess kann allerdings durch Bestechung ungleich beschleunigt werden.

Darüber hinaus ist es in Nordkorea verboten das Staatsgebiet ohne Erlaubnis zu verlassen. Pässe sind von vornherein nur einer kleinen elitären Bevölkerungsschicht zugänglich. Die meisten Nordkoreaner besitzen nicht einmal einen Reisepass und haben daher nie die Möglichkeit auszureisen.

Um diese Regelungen durchzusetzen, investiert das Regime in strenge Grenzkontrollen. Sollte dennoch ein Nordkoreaner die Grenze illegal überschreiten, wird er hart bestraft.

Für die, welche nach der Flucht in China aufgegriffen und zurückgebracht werden, wurden spezielle Straflager eingerichtet. Die Strafen wurden seit Kim Jong-Uns Machtantritt um ein Vielfaches verschärft.

Hilfe für Flüchtlinge

Rund 30.000 nordkoreanische Flüchtlinge leben derzeit in Südkorea, deren Integration ist oftmals eine Herausforderung für die Gesellschaft.

Wenn nordkoreanische Flüchtlinge Südkorea erreichen, erwartet sie als Erstes eine formelle Untersuchung. Sie werden von den südkoreanischen Sicherheitsbehörden überprüft, ob sie eine Gefahr darstellen und ob sie wirklich aus Nordkorea stammen. Nach diesem Prozess kommen die Nordkoreaner in eine Einrichtung namens Hanawon, in der sie über zwölf Wochen lang auf das Leben in Südkorea vorbereitet werden. Schwerpunkte liegen hierbei u.a. auf der koreanischen Geschichte, Demokratie und Marktwirtschaft. Nebenbei erhalten sie psychologische Betreuung. Danach erhalten sie südkoreanische Ausweispapiere, eine einmalige Eingliederungszahlung und einen Wohnungszuschuss sowie einen Ansprechpartner, der sie in den ersten Jahren unterstützt.



Der Nordkoreaner Shin Dong-Huyk, hier auf einer Pressekonferenz der IGFM, floh zunächst nach China, dann weiter nach Südkorea.



Hilfe von ehemaligen Flüchtlingen

Dennoch ist es meist nicht leicht für viele Nordkoreaner, Fuß zu fassen. Oft haben viele der Geflüchteten noch Familie in Nordkorea, die hungern müssen oder in Arbeitslager geschickt werden. Die Geflüchteten versuchen ihre Angehörigen so gut es geht zu unterstützen. Über die Hälfte von ihnen sendet regelmäßig Geld nach Nordkorea. Der Weg führt über illegale Mittelsmänner in China, die das Geld nach Nordkorea schmuggeln, allerdings für eine 15 prozentige "Gebühr".

Viele der Menschen die aus Nordkorea geflüchtet sind, betreiben zudem Menschenrechtsarbeit und versuchen die Menschen in Nordkorea aufzuklären, indem sie u. a. mit Ballons oder Drohnen Infomaterial über Menschenrechte oder Demokratie in die Diktatur einfliegen. Zudem möchten sie Bewusstsein für die Menschenrechtslage in Nordkorea durch Forschung und Aufklärungstouren schärfen. Auch unterstützen sie ihre Landsleute durch Neuansiedlungsprogramme und Eingliederungshilfen.

Nordkoreas bizarre Gesetze

Ein Artikel von Leonie Tobian

Die Diktatur Nordkoreas unterscheidet sich in vielerlei Punkten von anderen Ländern. Es gibt dort Gesetze, für die man keinerlei Verständnis aufbringt. Gesetze, die so skurril sind, dass man nur darüber lachen kann. Zudem gibt es auch Ereignisse, über die sich nur der Kopf schütteln lässt.

Jeans komplett verboten

Kein anderes Kleidungsstück hat es geschafft weltweit so bekannt und beliebt zu sein wie die Jeans. Die Hose ist aus unserem Leben gar nicht mehr weg zu denken, da sie einen hohen Stellenwert in Kultur und Mode hat. Doch den Nordkoreanern ist es tatsächlich verboten, Jeanshosen zu tragen, da diese eine Erfindung der USA sind. Mittlerweile produziert Nordkorea zwar eine eigene Jeansmarke, die Noko-Jeans, getragen werden darf diese von den Nordkoreanern allerdings immer noch nicht. Die Bevölkerung trägt überwiegend Arbeitsuniform, Militäruniform und traditionelle Kleidung. Wer doch eine Jeans anzieht, wird direkt ins Arbeitslager geschickt. Für Touristen gibt es zum Glück eine Ausnahmeregelung.



Die Jeanshose ist für Nordkoreaner ein absolutes No-go. Wer sie dennoch trägt, kann hart bestraft werden. (Bild: pixabay)

Begrenztes und kontrolliertes Internet

Auch auf das Internet lässt sich nur schwer verzichten, dauernd sind wir online, recherchieren etwas oder kommunizieren über das Internet. Wir sind daran gewöhnt überall und zu jederzeit einen Zugriff zu Daten zu haben. In dem Regime gibt es allerdings keinen freien Internetzugang, da die Regierung alle Informationen zur Außenwelt zensiert und filtert. Nur wenige haben überhaupt Zugang zu dem sogenannten Intraweb (kontrolliertes Web, welches nur Zugang zu geprüftem Content gewährt). Durch eine Fehlkonfiguration eines Verwaltungsservers war es kurzzeitlich möglich, die Webseiten des Landes zu erreichen. Das Ergebnis: 28 Websiten, darunter nur Propaganda, Kochrezepte, Nachrichten und noch mehr Propaganda.



Offiziell herrscht immer noch Kriegszustand

Es ist bekannt, dass Nordkorea und Südkorea sich mit Feindseligkeit begegnen. Dies könnte daran liegen, dass in Korea offiziell immer noch Kriegszustand herrscht. Seit dem Koreakrieg von 1950, der während des Kalten Kriegs stattfand, wurde nie ein Friedensvertrag unterschrieben. Es gibt allerdings eine mühsam ausgehandelte Erklärung zum Waffenstillstand.

Toter amtiert als Präsident

Bei dem nächsten Fakt wird sich mancher wohl die Haare raufen: Der Staatschef von Nordkorea ist ein Toter. Denn nicht etwa Kim Jong-un ist Präsident, sondern dessen Großvater, Kim Il-sung. Kim Il-sung gründete 1948 die "Demokratische Volksrepublik Korea". Er verstarb 1994 und gilt dennoch weiterhin als Staatsoberhaupt, er wird auch der "Ewige Präsident" genannt. Somit ist Kim Jong-un "nur" Oberster Führer der Partei und des Militärs.



Kim Jong-uns Großvater, Kim II sung ist Nordkoreas "Ewiger Präsident" (Bild: wikimedia, Nicor, CC BY-SA 3.0)

Scheinwahlen

Tatsächlich gibt es in Nordkorea Wahlen. Unglaublich aber wahr. Die letzte Parlamentswahl fand 2014 statt, selbstverständlich strengstens überwacht. In den 687 Wahlbezirken stand jeweils ein Kandidat zur Auswahl, welcher Kim Jong-uns Partei angehört. Man setzte sein Häkchen also bei "Ja", denn ein "Nein" gab es nicht zur Auswahl. Zudem war die Stimmabgabe verpflichtend. Am Wahlausgang gibt es in Nordkorea so keine Zweifel.

Entführung für Filmproduktion

Das wohl Absurdeste, was sich ein Nordkoreaner je geleistet hat, war die Entführung eines Regisseurs, um einen Film zu drehen. Veranlasst wurde das von Kim Jong-il, der ein sehr großer Filmliebhaber war. Der Filmregisseur Shin Sang Ok und dessen Frau und Schauspielerin Choi Eun Hee waren in den Sechzigern und Siebzigern echte Stars in Südkorea. Das ging auch an Kim Jong-il nicht vorbei. Dieser produzierte selbst Filme, doch seine eigenen Filmemacher waren nicht erfolgreich. Er beschloss die Entführung der Beiden. Als



Da Kim Jong-il ein großer Fan der Godzilla Filme war, wollte er seinen eigenen Action/Monster Film drehen. (Bild: wikimedia)

erstes lockte er Choi Eun Hee unter einem Vorwand nach Hong Kong um sie dort zu betäuben und nach Nordkorea zu verschleppen. Um das plötzliche Verschwinden seiner Ehefrau aufzuklären, reiste der Regisseur Shin Sang Ok ebenfalls nach Hong Kong. Dort wurde er bereits von nordkoreanischen Agenten erwartet und ebenfalls nach Nordkorea entführt. In den acht Jahren der Gefangenschaft entstand der wohl bekannteste nordkoreanische Film "Pulgasari". Als dieser 1986 auf dem Filmfestival in Wien vorgetellt werden sollte, ergriffen die beiden ihre Chance und flüchteten in die amerikanische Botschaft. Bis heute streitet Nordkorea die Entführung ab.

Eigene Zeitrechnung

Während wir bereits im Jahr 2018 angekommen sind, ist es in Nordkorea erst 107. Dort gilt nämlich eine andere Zeitrechnung. Drei Jahre nach dem Tod des Staatsgründers Kim Il-sung, beschloss die Regierung den Beginn einer neuen Zeitrechnung, der des Juche-Kalenders. Der Beginn dieser neuen Zeitrechnung: Die Geburt Kim Il-sungs im Jahr 1912, auf nordkoreanisch "Juche 1".



Kim Dong Chul: Zehn Jahre Haft wegen "Umsturzversuch"

Über 2 Jahre ist es her, dass der gebürtige Südkoreaner Kim Dong-chul in Nordkorea verhaftet worden ist. Die Nachrichtenagentur KNCA teilte damals mit, dass der eingebürgerte Amerikaner aufgrund von Spionage und Umsturzversuchen in Haft kam.

10 Jahre Haft

Der damals 62-jährige Kim Dong-chul wurde im Oktober 2015 verhaftet, laut KNCA trug er bei seiner Verhaftung einen USB Stick mit gestohlenen Militärgeheimnissen mit sich. Gegenüber des amerikanischen



Der Amerikaner sagte, er wurde vom südkoreanischen Geheimdienst beauftragt, um Propaganda gegen die nordkoreanische Regierung zu streuen. (Bild: Facebook/CNN)

Nachrichtensenders CNN sagte Dong-chul, er wäre von dem südkoreanischen Geheimdienst beauftragt worden, um Fotos von militärischen Geheimnissen und skandalösen Szenen zu machen. Auch wurde er, ähnlich wie der amerikanische Student Otto Warmbier, vielen Reportern vorgeführt, um vor Ihnen das Geständnis abzulegen, vom südkoreanischen Geheimdienst bezahlt worden zu sein. Diese öffentlich erzwungenen Geständnisse sind in Nordkorea weit verbreitet. Er wurde damals zu 10 Jahren Haft mit harter Arbeit verurteilt, seitdem hat ihn keiner mehr zu Gesicht bekommen.

"Öffentlich erzwungene Scheingeständnisse sind in Nordkorea an der Tagesordnung."

Vor seiner Verhaftung

Vor seiner Verhaftung wohnte der 1953 geborene Kim Dong-chul nahe der Nordkoreanischen Grenze in der chinesischen Stadt Yanji. Dort arbeitete er als Unternehmer in der Sonderwirtschaftszone und pendelte täglich. Ein Weggefährte Kims erzählte der Nachrichtenagentur Reuters, dass Kim Dong-chul ein Missionar sei, welcher die Absicht hätte, armen Nordkoreanern Hilfsgüter aus China zukommen zu lassen. Auch seine Frau, mit der er in Yanji lebte und arbeitete, kann nicht glauben, dass Kim Dong-chul wirklich ein südkoreanischer Spion sei.

Otto Warmbier und Kenneth Bae

Auch der amerikanische Student Otto Warmbier (22) verbrachte 18 Monate in nordkoreanischer Gefangenschaft. Nach seiner Haft war er im Wachkoma und mit schweren Hirnschäden ausgeflogen worden. Nur eine Woche nach seiner Rückkehr aus dem Straflager in Nordkorea starb er.

Ebenfalls wurde der Amerikaner und Missionar Kenneth Bae (47) zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. 735 Tage verbrachte er im Horror-Knast, bis er 2014 frei kam.



Sklavenarbeiter

Wassili Nebensja, russischer Botschafter bei der Uno, hat die Aussagen von US-Außenminister Rex Tillerson über angebliche "Sklaven-Arbeitsbedingungen" für Nordkoreaner in Russland kommentiert.



Rex Tillerson, US-Außenminister, sprach über "Sklavenbedingungen" für nordkoreanische Arbeiter in Russland. Ihr Löhne würden für die Finanzierung des Atomprogramms verwendet, so Tillerson.
(Bild: UN Photo by Mark Garten)

Während eines Auftritts beim UN-Sicherheitsrat behauptete Tillerson, dass Russland seine "Selbstlosigkeit als Partner, der für den Frieden in der Region auftritt", in Frage stelle, indem es Nordkoreanern auf seinem Territorium "unter Sklavenbedingungen" zu arbeiten erlaubt. Ihre Löhne würden angeblich "für die Finanzierung des Atomprogramms" verwendet. Früher äußerte der US-Außenminister, dass in Russland rund 35.000 Nordkoreaner tätig seien, was die Effizienz der Sanktionen gegen Pjöngjang gefährde.

Schätzungen zufolge nehme die Regierung Nordkoreas durch Sklavenarbeiter im Ausland bis zu zwei Milliarden Euro ein. Die Arbeiter selbst dürfen, wenn überhaupt, nur einen kleinen Teil ihres Lohns behalten. Ihre Arbeitsbedingungen und Unterbringung sind menschenunwürdig. Die Arbeitszeiten betragen mindestens 12 Stunden pro Tag und das sechs Tage die Woche. Erst kurz vor Weihnachten 2017 hatte der UN-Sicherheitsrat die Sanktionen gegen Nordkorea erneut verschärft. Neben den neuen Einfuhrzahlen für Benzin und Diesel müssen die nordkoreanischen Arbeitssklaven, welche vor allem in China, Polen und Russland Devisen für das Regime erwirtschaften, binnen zwei Jahren ausgewiesen werden.

Der Sinn von Sanktionen kann immer nur sein, ein Land an den Tisch der Diplomatie zurückzubringen – nicht aber, es in einen Krieg zu drängen. Daher hoffen wir, dass sich die Lage in Pjöngjang weiterhin entspannt und der UN-Sicherheitsrat die Menschenrechtsverletzungen weiterhin im Auge hat.

Nordkorea für Wannacry Ausbruch verantwortlich

Im Frühsommer 2017 wurden weltweit über hunderttausende Systeme mit der Ransomware infiziert, am schwersten traf es dabei Großbritannien. Schreckensmeldungen von der Lahmlegung der Computer des nationalen Gesundheitssystems gingen um die Welt. Neuen Erkenntnissen zu Folge war Nordkorea an der Attacke mit der Ransomware WannaCry beteiligt.

Der Trojaner breitete sich erstmals am 12.05.2017 in Russland aus und weitete sich schnell in andere Länder aus. Besonders ältere Windows- Versionen waren von dem Angriff betroffen. Bereits einen Tag nach dem ersten Auftreten kam die Schreckensmeldung aus Großbritannien: WannaCry hatte dort die zahlreichen Rechner des National Health Service (NHS) befallen, wodurch die Kranken in andere Kliniken umgeleitet werden mussten. Es herrschten chaotische Zustände. Selbst Herz- und Krebspatienten mussten nach Hause geschickt werden, da ihre Daten nicht verfügbar waren. Um ihre Daten wiederzuerlangen, hatten die Betroffenen einen gewissen Zeitraum, um Bitcoins als Lösegeld zu zahlen. Wenn das Opfer die Lösegeldzahlung nicht rechtzeitig vornahm, wurden die Daten gelöscht.



Auch in anderen Ländern kam es zu Ausfällen wichtiger Systeme. In Spanien und Portugal waren die beiden großen Netzanbieter Telekom und Telefonica durch den Schädling befallen. FedEx aus den USA meldete ebenfalls eine Infektion. In Deutschland kam es zu Störungen bei der Deutschen Bahn, diverser Anzeigesysteme, Bezahlautomaten und anderer Automaten.

Wie wurde der Trojaner verbreitet?

Die Hacker verbreiteten den Trojaner über eine speziell gestaltete Word-Datei, welche an eine E-Mail angefügt war. Diese sogenannte Spear-Phishing-E-Mail wurde an hochrangige Mitarbeiter verschiedener Firmen unter dem Vorwand eine offene Stelle als Chief Financial Officer zu erhalten gesendet. Wenn man auf diesen Trick hereinfiel und die Word-Datei öffnete, wirde man von Word aufgefordert, die Bearbeitung der Datei zu aktivieren. Während der Betroffene sich die Datei durchliest, wurde im Hintergrund der Remote Access Trojan (Malware-Programm, das eine Hintertür oder Backdoor für administrative Kontrolle auf dem Zielsystem öffnet) eingerichtet, der den Hackern die vollständige Kontrolle über den Computer und dessen Dateien ermöglichte. Der Kryptotrojaner versuchte auch andere Rechner im gleichen Netz zu kompromittieren. Dies war durch eine Lücke in der Windows Datenfreigabe möglich.

Zusammenhang mit Nordkorea

Sowohl die amerikanische als auch die britische Regierung beschuldigten Nordkorea hinter diesem Chaos verbreitenden Angriff zu stecken. Microsoft ist es mittlerweile gelungen, Übereinstimmung des Codes von WannaCry mit einer Schadsoftware zu erbringen, welche der Hackergruppe Lazarus zugeordnet wird, die wiederum Unterstützung von der nordkoreanischen Regierung erhält. Lazarus und Nordkorea wurden bereits 2016 von der Regierung Obamas für den Hackerangriff auf Sony Pictures verantwortlich gemacht. Ein weiteres Indiz für die Beteiligung Nordkoreas ist die Forderung der Hackergruppe gewesen. Um seine Daten wieder zu erlangen, mussten die Opfer mit Bitcoins zahlen. Nordkorea hat sich innerhalb der letzten Jahre immer intensiver mit Bitcoins beschäftigt. Das würde zeigen, dass Nordkorea seine Ausrichtung auf Bitcoins und deren Beschaffung verschärft hat.

Es ist allerdings sehr schwer bis nahezu unmöglich, die genaue Herkunft zu ermitteln, da Cyberkriminelle auch gezielt falsche Spuren legen können, um auf die Beteiligung einer Gruppe oder eines Landes hinzuweisen.

Impressum

Nordkorea Report

Redaktion: Leonie Tobian, Daniel Wagner, Martin Lessenthin (ViSdP).

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Deutsche Sektion e.V. • Borsigallee 9 • 60388 Frankfurt am Main Tel: 069-420 108-0 • Fax: 069-420 108-33 eMail: info@igfm.de • www.igfm.de / www.menschenrechte.de https://www.facebook.com/igfmdeutschland

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01, BIC: BFSWDE33MNZ

Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.



